

Themen in dieser Ausgabe:

- **Deutschland, Deine Helden!**
- **Hartz-IV Betreuer ... !**
- **Dumpinglohn ... !**
- **Lobbygerechter Haushalt ...!**
- **Kopfpauschale ...!**
- **Hoffnungen ...!**

IN DIESER AUSGABE:

Deutschland, Deine Helden!	2
Arbeitslose Lehrer als Hartz-IV Betreuer?	2
Dänen streiten über Dumpinglohn für Einwanderer	2
Lobbygerechter Haushalt!	2
Alles Lüge - Kopfpauschale	3
Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft oder Hoffnungen in eine große Illusion!	3
Rheinfelder Montagsdemo Aktuell	4

Freibrief für Gesinnungspitzelei

Kommentar von Edith Bartelmus-Scholich

Bodo Ramelow darf weiter vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Dabei liefert Ramelow selbst nur einen Anlass zu seiner Beobachtung: Er ist Mitglied der Partei DIE LINKE, die ihrerseits beobachtet wird. Das Gericht hat damit den Geheimdiensten eine Handhabe gegeben, jedes Mitglied der Partei DIE LINKE - und jeder anderen kapitalismuskritischen oder antikapitalistischen Organisation - nach eigenem Ermessen zu bespitzeln. Mit ausforscht werden dabei faktisch auch diejenigen, die Kontakte zu den Bespitzelten unterhalten. Der Willkür der Geheimdienste sind keine Grenzen mehr gesetzt.

Die Beobachtung der Partei DIE LINKE wird mit dem Wirken marxistischer Strömungen und Einzelpersonen in der Partei begründet. Nicht die gesamte Partei, wohl aber die Parteilinken strebten eine andere, verfassungsfeindliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, heißt es. Antikapitalismus wird offen als grundgesetzwidrig eingeordnet.

AntikapitalistInnen werden damit zu Verfassungsfeinden. Diese Auffassung kann mit dem Grundgesetz nicht begründet werden. Dort ist keine Wirtschaftsordnung festgelegt, wie auch bürgerliche Juristen - zuletzt in der Zeitschrift das Parlament 13/2007 der damalige Bundesverfassungsrichter Hans-Jürgen Papier - feststellen. Das Grundgesetz trifft nur Festlegungen hinsichtlich

der Staatsform: Demokratie, Republik, Sozialstaat, Bundesstaat und Rechtsstaat gehören dazu. Darüber hinaus gibt es in Artikel 1 bis 20 einen Grundrechtekanon. Im Rahmen dieser Festlegungen wäre eine andere Wirtschafts-



ordnung durchaus machbar. Die Marktwirtschaft ist nicht grundgesetzlich geschützt. Marktwirtschaftliche Elemente einer Wirtschaftsordnung sind nur über die persönlichen Grundrechte z.B. Eigentum, Freiheit der Berufswahl etc. überhaupt ableitbar.

Seit 1949 ist das Grundgesetz 60 Mal von parlamentarischen Mehrheiten abgeändert worden. Manchmal wurde dadurch der Charakter der Republik, z.B. bei der Einführung der Wiederbewaffnung oder beim Beitritt der Neuen Bundesländer verändert. Selbst Grundrechte wurden ausgehöhlt oder ausnahmsweise ausgeweitet. Das alles war möglich; denn das Grundgesetz versteht sich ausdrücklich nicht als unveränderlich. Neuen gesellschaftlichen Mehrheiten muss es daher auch möglich sein ihrerseits Veränderungen vorzunehmen.

Es ist bezeichnend und entlarvend, dass DIE

LINKE - und andere linke Organisationen - zu Verfassungsfeinden erklärt werden, obwohl sie Demokratie, Rechts- und Sozialstaat nicht etwa abschaffen, sondern ausweiten möchten. Demokratie auch in der Wirtschaft und soziale Sicherheit für alle in Deutschland lebenden Menschen stehen nicht im Gegensatz zum Grundgesetz, wohl aber im Gegensatz zu den Interessen der Herrschenden und von der Marktwirtschaft Profitierenden. Zu deren Handlanger und nicht zum Verteidiger des Grundgesetzes macht sich die Justiz, deren höhere Ränge gleichwohl zur politischen Klasse gezählt werden können, mit Urteilen wie gegen Ramelow.

Das Urteil, sollte es Bestand haben, zeigt darüber hinaus beispielhaft, wie weit der Grundrechtekanon schon ausgehöhlt wurde und wie rechtlos der einzelne Bürger gegenüber den Zugriffen der Geheimdienste gestellt ist. Einer weiteren Forderung aus den Reihen der Linkspartei, nämlich nach Auflösung der Geheimdienste, ist daher unbedingt zuzustimmen.

Quelle: scharf-links.de





Zitat Elser: „Ich hab den Krieg verhindern wollen“ Jahr 2003.

Siehe auch Wikipedia

Deutschland, Deine Helden!

Heute sind nach Staufenberg unzählige Straßen, Plätze und Schulen benannt. Gibt es eigentlich eine Georg-Elser-Schule? Wenn Deutschland sich schon einen Helden suchen muss, so wäre Elser ein passender Kandidat. Der einfache Schreiner erkannte bereits 1938, dass Deutschland nur durch einen Tyrannenmord zu retten sei und platzierte in mühevoller

Kleinarbeit eine Zeitbombe im Bürgerbräukeller. Das schlechte Wetter verhinderte seinen Erfolg – da Hitler nicht fliegen konnte, sondern mit der Bahn fahren musste, verließen er und seine Entourage den Bürgerbräukeller 13 Minuten zu früh. Georg Elser starb 1945 im KZ Dachau. Als Motiv gab er gegenüber der Gestapo an: „Ich wollte durch meine Tat noch größeres

Blutvergießen verhindern“. Es dauerte 40 Jahre, bis die Stadt Burgdorf bei Hannover als erste Stadt in Deutschland eine Straße nach Elser benannte. Georg Elser war nun einmal kein Claus Schenk Graf von Stauffenberg, er war Schreiner und kein adliger Offizier – solche Helden will weder das alte noch das neue Deutschland. Quelle: Spiegelfechter

Arbeitslose Lehrer als Hartz-IV Betreuer?

Nach einem Vorschlag des BA-Vorstandsmitglieds Heinrich Alt sollen erwerbslose Pädagogen Kinder aus Hartz IV Bedarfsgemeinschaften betreuen. Laut dem Magazin „Der Spiegel“ schlägt das Vorstands-

mitglied der Bundesagentur für Arbeit (BA), Heinrich Alt vor, arbeitslose Lehrer, Sozialpädagogen, Erzieher und Musiker als Betreuer für Kinder in Hartz IV Bedarfsgemeinschaften zu betreuen. Damit soll den Pädagogen der

Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglicht werden. Allerdings sollen Pädagogen das Betreuungsangebot „ehrenamtlich“ praktizieren. Quelle: www.gegen-hartz.de



Dänen streiten über Dumpinglohn für Einwanderer

Halber Mindestlohn für Einwanderer? Dänische Politiker finden die ungewöhnliche Idee einen prima Vorstoß zur Integration. Die linken Parteien sind dagegen – und auch die Rechtspopulisten: Sie fürchten, dass die Dumpinglöhne die Jobs ihrer Klientel bedrohen.

Anmerkung eines NDS Leser:

Auch in Dänemark gibt es also widerwärtige Ideen von

widerwärtigen Politikern, die mit den absurdesten Ideen für ihre Sponsoren das Lohndumping vorantreiben wollen. Interessant ist aber, am Rande zu erfahren, dass der niedrigste Mindestlohn in Dänemark bei über 13 Euro pro Stunde liegt – das Land müsste ja angesichts der Globalisierung schon lange ruiniert sein. In Deutschland wird schließlich nicht einmal – oder nur extrem widerwillig – die genannte Hälfte (!!!),

eben 6,50 Euro, als angeblich „gerade mal nicht wirtschaftsschädlich“ akzeptiert. Komischerweise nennt der SPIEGEL nur die dänischen 6,50 Euro einen „Dumpinglohn“, die deutschen 4,50 Euro nach einigen Tarifverträgen dagegen „marktwirtschaftliche Gegebenheiten“.

Quelle: www.nachdenkseiten.de



Lobbygerechter Haushalt! (Pressemitteilung) DIE LINKE.

„Die Bundesregierung kürzt nur bei denen, die keine Lobby haben“, erklärt Gesine Lötzsch zur mittelfristigen Finanzplanung und zum Haushaltsentwurf 2011 der Bundesregierung. Die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „Es entsteht der Eindruck, dass die mittelfristige Finanzplanung und der Haushaltsentwurf 2011 nicht aus dem Bundesministerium der Finanzen, sondern direkt

aus den Berliner Lobbyisten Büros kommt. Die Krisenverursacher und Krisengewinnler der Finanzkrise von 2008 werden auch im Haushalt 2011 nicht zur Kasse gebeten. Die Sanierung des Haushaltes wird auf den Schultern von 1,7 Millionen armen Kindern und 3,2 Millionen Arbeitslosen abgeladen. Damit zeigt die christlich-liberale Koalition, dass sie weder christlich noch liberal ist. DIE LINKE wird diesen Lobbyhaushaltsentwurf nicht akzeptieren.

Rüstungsprojekte, die die FDP noch vor der NRW-Wahl streichen wollte, werden wir weiter auf unserer Streichliste behalten. Neben der Streichung von Prestigeprojekten, wollen wir die Einnahmeseite stärken. Wenn die Banken für den Schaden, den sie angerichtet haben, selbst aufkommen müssten, dann könnte man sich das ganze Sparpaket sparen.“



Alles Lüge – Kopfpauschale

Mit den Eckpunkten zur Gesundheitspolitik von Anfang Juli hat sich die schwarz-gelbe Koalition endgültig von der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung verabschiedet. Der Arbeitgeberanteil soll bei 7,3 Prozent des Bruttolohns festgeschrieben werden. Die künftig Jahr für Jahr steigende Lücke zwischen den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung und den Einnahmen des Gesundheitsfonds wäre dann alleine von den Mitglie-

dern – hauptsächlich Arbeitnehmer und Rentner – über eine vom Einkommen unabhängige und nach oben offene Kopfpauschale zu schließen. Ein steuerfinanzierter Sozialausgleich soll verhindern, dass die Kopfprämie im Einzelfall mehr als zwei Prozent des Einkommens ausmacht. So eklatant wie die verteilungspolitische Schiefelage des Vorhabens ist, so dreist ist auch die »Mehr-Solidaritäts-Lüge« der Kanzlerin. Bei einem Defizit aller Kassen von angenommen zwölf Milliarden Euro betrüge die erforderliche Kopfpau-

schale für jedes der rund 50 Millionen Mitglieder im Schnitt monatlich 20 Euro. Um das gleiche Finanzvolumen über einen einkommensproportionalen Beitrag einzunehmen, wäre im heutigen System eine Beitragssatzerhöhung um ca. 1,2 Prozentpunkte erforderlich. Davon entfielen je die Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Zusatzbelastung würde also erstens paritätisch getragen und zweitens entfielen auf alle Mitglieder eine gleiche relative Belastung in Höhe von 0,6 Prozent ihres versicherungspflichtigen Einkommens.
Quelle: AK-Sozialpolitik



Kommt die Kopfpauschale durch die Hintertür?

Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft oder Hoffnungen in eine große Illusion!

Rund 90 Besucher kamen am 15. Juli 2010 zu einer Podiumsdiskussion der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) ins Grenzacher Haus der Begegnung. Bei der BASF sollen weitere 125 Jobs vernichtet werden. In der DSM ist ein Sparprogramm über 35 Mio. € angekündigt, was auch nur Stellenabbau beinhalten kann. Im Zentrum der Diskussion stand schnell, angeregt durch Diskussionen aus dem Publikum, ob und wie man um die Arbeitsplätze bei der BASF und der DSM kämpfen kann.

Auch Rheinfelder Montagsdemonstranten waren gekommen und zeigten ihre Solidarität.

Bereits am 22. Juni 2010 hatte es eine Demonstration vom DSM- zum BASF gegeben.

Während aus dem Publikum und auch von Michael Herzog (KAB) auf dem Podium kämpferische Töne gab, setzten die Betriebsräte Keßner (DSM)

und Hoog (BASF) mehr auf Abwarten und Co-Management des Betriebsrats. Mit innovativen Ideen sollen die Unternehmensführungen von der Zukunft und Profitabilität der Standorte am Hochrhein überzeugt werden.

Und auch der Bezirksleiter der IG BCE, Penschorn lehnte eine „zu frühe“ Mobilisierung der Belegschaft ab.

Ohne entschlossenen siebentägigen Streik der Bochumer Opelbelegschaft 2004 gäbe es das Werk heute gar nicht. Und da wurde von Anfang an mit ganzer Kraft losgelegt.

Und die Kraft und Solidarität wuchs erst richtig im Kampf.

Die Äußerung Keßners (DSM- Betriebsrat), man könne nicht von Anfang an die ganze Kraft in einem solchen Kampf einsetzen, um das Pulver nicht zu verschießen, geht nicht von der nötigen Eskalation und Härte aus, die ein solcher Kampf heute erfordert. Auch das Propagieren von Sozialplänen

schwächt das einheitliche Vorgehen der Belegschaft und macht die Kollegen letztlich nur noch zu Statisten bei einer mehr oder besserer Ausgestaltung der Abfindungen und Transfergesellschaften.

Es gehört zur Wahrheit, dass es für einen erfolgreichen Kampf um jeden Arbeitsplatz härtere Maßnahmen braucht, und die Geschlossenheit der Belegschaft nicht mit Tausend scheinbar individuellen Wegen geschaffen werden kann.

Gut war auch der Beitrag eines älteren Sozialdemokraten, der darauf hinwies, dass auch für die künftigen Arbeitsplätze junger Menschen gekämpft werden müsse. Die anwesenden gewerkschaftlichen Vertrauensleute boten an, ihre Erfahrungen anhand eines 2008 gedrehten Films den Grenzacher Kollegen zur Verfügung zu stellen. (Fritz für die Montagsdemo)



Foto: Jannik Schall



Christa Holzappel, Wilfried Penschorn, Klaus Keßner und Heiko Wodarkiewicz (von links) wollen sich einsetzen.

Bild: dor

V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, z.Z. im „Nellie“
- **LISY - Weil am Rhein lädt ein!** Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)
- **Antikriegstag** — am Montag, den 30.08.2010 in Rheinfelden, 18:00 Uhr auf dem Oberrheinplatz
Anschließend Vortrag und Diskussion mit Jochen Kelter (Publizist und Schriftsteller) und Manfred Dietenberger (ehemaliger DGB Vorsitzender Waldshut - Tiengen), Alle Parteien, Gewerkschaften, Organisationen, Initiativen und Bürgerinnen und Bürger sind hiermit aufgerufen zahlreich daran Teilzunehmen.



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) **DANKE**

Rheinfelder Montagsdemo in Aktion

Montags um 18:00 Uhr in Rheinfelden machen seit 6 Jahren Montagsdemonstranten auf die Missstände in Politik und



Wirtschaft aufmerksam. Die soziale Schieflage nimmt von Montag zu Montag zu. So ist zu vermuten, dass wir noch lange unseren Protest stellvertretend für viele Bürger Montag für Montag um 18.00 Uhr zum Ausdruck bringen. Wir

for-

dern alle auf, sich an der Montagsdemo zu beteiligen. Nur wenn wir den Protest öffentlich machen können wir Aufmerksamkeit erreichen und Veränderungen bewirken.

Die unsozialen Sparbeschlüsse der schwarz - gelben Regierung waren Themen auf den Montagsdemos im Juli.



Auch Umweltthemen gehören zu unseren Montagsdemos. In

Anbetracht der BP Ölkriese im Golf von Mexiko und den verheerenden Schäden für Mensch und Natur muss dieses The-



ma immer auf der Tagesordnung bleiben. Nicht zu vergessen ist eines der wichtigsten Probleme, nämlich Hartz IV, das ist das meist gehasste Gesetz in Deutschland. Hartz IV hat das gesamte Leben in Deutschland verändert und die Medien verbreiten Lügen und Ver-



die Gesellschaft ein Stück weit gespalten. ARD und ZDF machen da keine Ausnahme und das mit unseren Gebühren-geldern! Die Reichen sollen immer reicher werden und die Armen immer ärmer. Die Spaltung in Lobbyisten und die nichts haben wird voran getrieben, aber nicht mit uns!

Montags auf die Straße!